Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1913. Nr. 584. Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 2 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonteil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 30 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Kalbegg, Halle (Saale).

Sonnabend, 13. Dezember 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31. Telephon Amt Kurfürst Nr. 8290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Deutscher Reichstag.

188. Sitzung vom 12. Dezember 10 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Falkenhayn, Delbrück, von Jagow, Kühn.

Auf der Tagesordnung steht:

Kurze Anfragen.

Abg. **Hoff** (Vp.) fragt an: Die Viehzählung vom 2. Dezember 1912 hat einen erheblichen Rückgang des deutschen Viehbestandes, insbesondere der Rinder- und Schweinebestände, ergeben, der bei der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Fleischbedarf des deutschen Volkes bedenklich erscheint. Zur Entschließung über die erforderlichen Maßnahmen ist die möglichst frühzeitige Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 wünschenswert. Welchen Termin kann der Reichskanzler für die Bekanntgabe dieses vorläufigen Ergebnisses in Aussicht stellen?

Geheimrat **Müller:** Wenn das Material von den Bundesstaaten rechtzeitig eingeht, dann kann die Bekanntgabe bis Ende Januar 1914 erfolgen.

Abg. **Irl** (Zentr.) fragt an: Nach Artikel 63 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat im Jahre 1913 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Rücklagen der Berufsgenossenschaften zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen. Am 17. Mai 1911 hat der Vertreter der verbündeten Regierungen dem Reichstage ausdrücklich eine Gesetzesvorlage oder eine Denkschrift für das Jahr 1913 zugesagt. Wann gedenkt der Reichskanzler dieser gesetzlichen Verpflichtung und ausdrücklichen Zusage nachzukommen?

Direktor im Reichsamt des Innern **Caspar** erklärt, daß eine solche Vorlage dem Reichstage im Laufe der Session zugehen werde. (Hört! hört!)

Die Uebereinkunft betreffend Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber wird in dritter Lesung angenommen.

Deutschland in San Francisco.

Zur zweiten Lesung steht der Antrag Bassermann (nl.) auf **Gewährung von 2 Millionen Mark zur Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco.**

Abg. **Bassermann** (nl.) berichtet über die Verhandlungen der Budgetkommission.

Geheimrat **Lewald:** Die Zeit zu den Vorbereitungen der Ausstellung ist zu knapp, es stehen nur noch 14 Monate und eine Woche zur Verfügung. Es fehlen also gegenüber früheren Ausstellungen vier Monate, wozu die außerordentliche Entfernung kommt. In normaler Zeit erfordert ein derartiger Transport etwa sechs Wochen. Mit normalen Zuständen ist aber nicht zu rechnen. Es kommen im ganzen fünf bis sechs Monate an Vorbereitungszeit in Frage. Diese Zeit ist zu kurz. Es muß monatelang zusammengearbeitet werden, denn die Ausstellung soll eine Ueberraschung bedeuten, daß die Besucher sich sagen: Wir haben gar nicht gewußt, daß Deutschland das leisten kann. Wenn ein solcher Eindruck nicht erweckt wird, ist die Ausstellung wertlos. Die Kosten für den Bau des Deutschen Hauses sind zu niedrig angesetzt worden. Das Deutsche Haus in St. Louis hat 1 600 000 Mark gekostet. Das müßte zum mindesten wieder aufgewandt werden. Auf Grund aller dieser Erwägungen ist man im Reichsamt des Innern zu der übereinstimmenden Ueberzeugung gekommen, daß die Sache unter fünf Millionen nicht zu machen ist. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die Zeit nicht ausreicht, um eine Ausstellung hinzustellen, die dem deutschen Namen gerade in Amerika, wo man die höchsten Anforderungen stellt, Genüge tut, so muß man seine bisherige Ansicht ändern. Denn wenn es nicht eine würdige Ausstellung wird, dann ist der Betrag dafür in den Stillen Ozean geworfen.

Präsident **Dr. Kaempf:** Ich nehme an, daß damit die Angelegenheit erledigt ist.

Fortsetzung der Etatsberatung.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vgg.): Bei einer ungünstigen Wirtschaftskonjunktur haben Reich und Staaten alle Ursache, durch Inangriffnahme staatlicher Arbeiten für genügende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Erfreulich ist, daß die Einnahmen für die Branntweinsteuer zurückgegangen sind. Das kommt der Volkswohlfahrt und Gesundheit zugute. Zur Zabern-Angelegenheit nehmen wir noch die alte, durch die Presse bekanntgegebene Stellung ein. Landsmannschaftliche Hänseleien sind ja schließlich zu ertragen, doch dürfen sie nicht dienstlich in der Kaserne gebraucht werden. Der Herr Kriegsminister wird hoffentlich dafür sorgen, daß in dieser Hinsicht Abhilfe geschaffen wird. Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, daß zwar nicht Offiziere, wohl aber andere Vorgesetzte an solchen Hänseleien beteiligt sind. Der Vorgang hat übrigens wieder einmal gezeigt, wie mangelhaft es um unseren amtlichen Nachrichtendienst bestellt ist. Meine Freunde haben wohl die Vorgänge in Zabern verurteilt, aber nicht für das sogenannte Mißtrauensvotum gestimmt, weil wir nichts unterstützen wollen, was sich auf dem Wege zum parlamentarischen Regime befindet. — In der auswärtigen Politik täte eine energischere Vertretung deutscher Interessen im Auslande not. Unsere Kolonialpolitik scheint an Menschenmangel zu leiden. Die Verwaltung versteht es offenbar nicht, die Eingeborenen richtig zu behandeln. Besserer Schutz der eingeborenen und weißen Arbeiter ist zu verlangen. Die Missionen müssen um Rat und Hilfe angegangen werden. Bei der Beratung des Postetats müssen die Forderungen der Postbeamten genügend berücksichtigt werden. Der Ruf nach einem Arbeitswilligenschutzgesetz ist erst so laut geworden nach dem den Landtagswahlen folgenden politischen Terrorismus. Da sollte also die Quelle verstopft werden durch Einführung der geheimen Wahl. Jeder Terrorismus ist zu verurteilen, besonders der durch schwarze Listen der Arbeitgeber geübte. Um jeden Terrorismus zu verbannen, genügt es, wenn die gesamte Presse und alle anständigen Menschen ihn verurteilen. Die angekündigte Denkschrift heißen wir willkommen. Unsere Sozialpolitik geht zwar nicht mit Automobilempo vor, aber sie ist gut und muß weiter geübt werden. Wenn wir richtige Mittelstandspolitik treiben wollen, dann dürfen wir auch die Kleinbauern nicht vergessen, denn die können sich meist nur halten, wenn alle Familienmitglieder angestrengt mitarbeiten. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Seyda** (Pole): Es ist beschämend, daß durch die bestehende Verfassung der Reichskanzler nach einem solchen Mißbilligungsvotum nicht seinen Abschied nehmen braucht, daß er es einfach als ein Nichts betrachten darf. Die Balkankämpfe sind ein Menetekel für alle Völker, die Minderheiten unterdrücken wie Preußen. (Präsident **Dove** rügt diesen Ausdruck.) Unverständlich ist die Wiedereinsetzung der zweimal abgelehnten Ostmarkenzulagen.

Abg. **Alpers** (Welfe): Vielfachen Entstellungen gegenüber muß ich darauf hinweisen, daß die Bestrebungen und Ziele meiner Partei sich nicht gegen das Deutsche Reich richten. Unsere Bestrebungen werden verkannt und diskreditiert. Hannover hat seinerzeit keinen Anlaß zum Krieg gegeben. Der Krieg war ein Unrecht und damit ist auch das Ergebnis des Krieges ein Unrecht. Darum protestieren wir gegen dieses Unrecht und fordern unser Recht von den übrigen deutschen Brüdern. Der Herzog von Braunschweig hat in seinem Brief an den Reichskanzler den gegenwärtigen Besitzstand anerkannt. Darin liegt kein Verzicht auf Hannover, weder direkt noch indirekt. Daß dies nun endlich einwandsfrei festgestellt ist, hat in Hannover lebhafte Befriedigung hervorgerufen. Auch wir sind bereit, den Besitzstand des Deutschen Reiches gegen alle äußeren Feinde mit zu verteidigen. Aber unbeschadet dieser selbstverständlichen Kardinalpflicht werden wir niemals aufhören, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln für die Wiederherstellung des Königreichs Hannover im Rahmen des Deutschen Reiches zu kämpfen. Dieser Kampf ist uns eine heilige sittliche Pflicht. (Beifall bei den Welfen.)

Abg. Dr. **David** (Soz.): Mit der Etatberatung kann ich jetzt wohl nur der Reichsschatzsekretär zufrieden sein, er hat bis jetzt nur Lob gehört. Auch ich will es ihm erteilen für den verkündeten Grundsatz der Sparsamkeit. Herr Graf Westarp hat erklärt, der Wehrbeitrag dürfe nur einmal erhoben werden. Das bedeutet, daß die Konservativen, wenn neue Rüstungsausgaben kommen, die Steuern auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen wollen. (Sehr richtig! rechts.) Eine bessere Verständigung mit England halten wir für sehr wichtig. England ist aber sehr viel weiter gegangen in der Einschränkung der Schiffsbauten als Deutschland. Die Erklärungen des Reichskanzlers zum Arbeitswilligengesetz und der Koalitionsfreiheit sind nicht ernst zu nehmen. Er gehört zu den geheimen Kulissenarbeitern, die ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter schaffen wollen. Die Führer der Sozialdemokratie sind scharfe Gegner des Terrorismus. Ganz verhindern kann man sie leider nicht. Meist sind es aber Unorganisierte, die Ausschreitungen verüben.

Reichskanzler von Bethmann Hollweg erscheint im Saal.

Abg. **David** (Soz.): Die gestern von den Parteien abgegebenen Erklärungen haben dem Herrn Reichskanzler nun doch gezeigt, daß ein Mißtrauensvotum nicht so leicht genommen werden darf. Was not tut, ist der Ausbau der Selbstverwaltung in Elsaß-Lothringen. Auch im übrigen Deutschland ist noch viel daran zu tun. Einen politischen Zwang wollten auch wir nicht auf den Kanzler ausüben. Aber einen moralischen. Das heutige starre System der Regierung ist veraltet und wird mit Naturnotwendigkeit durch ein freieres System ersetzt werden. Die Sozialdemokratie kämpft nicht gegen das Recht des Kaisers, sondern sie ringt um die Volksseele. (Beifall d. Soz.)

Reichskanzler **von Bethmann-Hollweg:** Wohin die verfassungsrechtliche Entwicklung führen würde, von der der Abgeordnete David am Schlusse seiner Rede gesprochen hat, das beweisen die sozialdemokratischen Anträge auf Verfassungsänderungen. Diese Anträge bedeuten eine völlige Verschiebung der Gewalten. Sie verlangen die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers auf Grund eines Beschlusses des Reichstages. Sie verlangen, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Reichstag überlassen sein soll. Was bedeutet das anderes, als daß die Macht und die Gewalt des Kaisers, wie sie von der Verfassung fixiert ist, vollkommen geschmälert werden sollen. Dr. David hat nun gesagt, es bestehe eine Kluft zwischen Offizieren und Mannschaften. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Rufe „Sehr richtig!" beweisen mir nur, daß die Herren in unserm Heere nicht Bescheid wissen. (Beifall rechts. — Lachen der Soz.) Es gibt wohl kein Heer in der Welt, in dem das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten so gepflegt wird, wie in dem deutschen Heere. Wer das bestreitet (Zuruf: Jeder, der Soldat gewesen ist!), der macht die Augen nicht auf. (Sehr richtig!) In der Geschichte unserer Kriege werden Sie finden, daß es gerade dieser Zusammenhalt zwischen der Mannschaft und zwischen dem Offizierkorps gewesen ist, der dem Heere die größte Stärke gegeben hat. (Beifall.) Sie haben doch in diesem Jahre gesehen, wie bei den zahlreichen Regimentsfesten und Stiftungsfesten, die gefeiert wurden, die alten Soldaten sich zu Tausenden bei ihren alten Regimentern eingefunden haben, um die Erinnerung an die große Zeit zu feiern, die das Regiment erlebt hat und die Erinnerung an die eigene Soldatenzeit. Würde das denn möglich sein, wenn tatsächlich diese Kluft bestünde? (Beifall.) Ich halte es für sehr falsch und für sehr verängnisvoll, wenn in dieser Weise von den Sozialdemokraten versucht wird, Unfrieden in das Heer zu bringen. Sie haben damit auch kein Glück, meine Herren, der gesunde Sinn unseres Volkes wird es genügend einschätzen, wenn in dieser Weise hier die Dinge verkehrt werden in das gerade Gegenteil von der Wirklichkeit. (Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Soz.) Ich bedauere, daß die Ausführungen des Abg. Erzberger mich nötigen, auf meine Haltung in der Zaberner Angelegenheit noch einmal zurückzukommen. (Abg. Scheidemann (Soz.): Das werden Sie noch öfter müssen! Sehr gut bei den Soz.) Herr Erzberger hat erklärt, daß seine Fraktion dem Mißbilligungsantrag zugestimmt habe, weil — darauf liefen seine Ausführungen hinaus — ich statt Recht und Gesetz zu schützen, ungesetzliche Gewalt begünstigt und verteidigt hätte. (Lebh. Sehr richtig! links.) Der Interpellationsbeschluß sollte — das Wort ist gestern gefallen — ein politisches Urteil darstellen. Dieses Urteil konnte zunächst doch nur dahin gehen, daß bei uns Recht und Gesetz unter allen Umständen und selbstverständlich von den öffentlichen Gewalten in allererster Linie gewahrt werden müssen, und daß, wo Rechtsverletzungen stattfinden, die Sühne nicht ausbleiben darf. Dieses Recht, von dem ich gesprochen habe, muß, wenn es verletzt worden ist, eine Sühne finden. Das rechtliche Verfahren ist unmittelbar nach der Zaberner Angelegenheit eingeleitet worden. Am ersten Tage der Interpellationsdebatte habe ich für die Armee das Recht vindiziert, sich gegen direkte Angriffe zu wehren und das ist — gesetzliches Recht! Ich habe des weiteren ausdrücklich gesagt, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab die militärischen Maßnahmen, soweit die Untersuchung bisher geführt wurde, eine Ueberschreitung der gesetzlichen Schranken bedeuten. Wo bleibt da der Vorwurf, daß ich das Recht nicht geschützt habe? Der Abgeordnete Erzberger hat meinen Hinweis auf die Verschiedenartigkeit der Motive und Ziele des Interpellationsbeschlusses nicht gelten lassen. Glauben Sie doch nicht, daß ich die sachlichen Motive verkenne und nicht würdigte, die von bürgerlicher Seite in der Sorge um Recht und Gesetz hier geltend gemacht worden sind. Diese Motive und Empfindungen verkenne ich keineswegs, aber um so mehr habe ich das Recht, die Behauptung, daß ich das Recht nicht geschützt hätte, daß ich den Respekt vor dem Gesetz nicht erwähnt hätte, als eine Umkehrung des wirklichen Sachverhaltes hinzustellen, gegen die ich hiermit entschieden Verwahrung einlege. (Beifall.)

Abg. **Haff** (fortschr.): Die Verlegung des Regiments bedeutet eine direkte Bestrafung der Bevölkerung, gegen die wir uns mit aller Entschiedenheit wenden müssen. Eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise ist unbedingt notwendig. Für die Zwecke der inneren Kolonisation müssen größere Mittel bereitgestellt werden.

Abg. **Blos** (Soz.): Der braunschweigische Bundesratsbevollmächtigte hat gestern hier von der Loyalität des braunschweigischen Volkes gesprochen. Das Volk hat aber andere Wünsche. Vor allem verlangt es Beseitigung des geltenden braunschweigischen Wahlrechts. Wir protestieren gegen die uns aufgeheiratete Dynastie. (Heiterkeit.)

Abg. **Kopsch** (fortschr.): Herrn Dr. Oertel möchte ich bemerken, daß meine Auffassung zum Schutze der Arbeitswilligen nicht von der meines Freundes Wiemer abweicht. Ich bin den Vorschlägen des Hansabundes gefolgt, die sich durchaus gegen ein Ausnahmegesetz richten.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.): Ich habe gestern nach dem Stenogramm gesprochen und erklärt, daß, wenn es nicht stimme, ich um Richtigstellung bitte.

Die Aussprache schließt. Der Etat geht an die Budgetkommission. — Es folgt die

Interpellation über die Besetzung der Prüfungskommission für Rüstungslieferungen.

Abg. **Ledebour** (Soz.) führte zur Begründung aus: Die Interpellation ist veranlaßt worden durch die bekannt gewordenen Korruptionserscheinungen, die durch den Abg. Liebknecht aufgedeckt wurden. Wir hatten ja nicht erwartet, daß er dafür mit dem Roten Adlerorden ausgezeichnet würde, aber zu verlangen war doch, daß er in die Kommission berufen wurde, die zur Prüfung der Rüstungslieferungen eingesetzt worden ist. Die Regierung lehnte aber den Abg. Liebknecht ab, obgleich er vom Reichstag gewählt worden war. Dazu hat die Regierung verfassungsgemäß kein Recht.

Staatssekretär Dr. **Delbrück** schildert das Zustandekommen der Rüstungskommission und wiederholt seine früher abgegebenen Erklärungen. Die seinerzeit gegebenen Zusagen konnten nur den Sinn haben, daß der Reichskanzler zwar bereit sei, über die Ausmahl der Abgeordneten mit den Fraktionen zu verhandeln, daß er aber weder dem Reichstage noch einer Fraktion einen entscheidenden Einfluß auf die Kommission einräumen könne. (Unruhe der Soz.) Es ist möglich, daß Sie meine damaligen Erklärungen anders aufgefaßt haben. Aber gegen den Vorwurf der Verdrehung muß ich mich mit aller Entschiedenheit verwahren. (Sehr richtig! rechts, Lärm d. Soz.) Ich erkenne dankbar an, daß alle Fraktionen an dem Zustandekommen der Kommission mitgewirkt haben. Es kam dem Reichskanzler darauf an, diejenigen Herren zu gewinnen, die als Referenten mit den Verhältnissen des Etats und den Verhandlungen der Budgetkommission vertraut sind. Auf dieser Grundlage habe ich mich mit sämtlichen Fraktionen verständigt. Nur bei meiner Verhandlung mit der sozialdemokratischen Fraktion bin ich auf Schwierigkeiten gestoßen. Ich schlug die Abgg. Südekum und Noske vor, die Fraktion dagegen die Abgg. Noske und Liebknecht. Gegen diesen habe ich Einwendungen erhoben wegen seiner prononzierten Stellungnahme. Die Fraktion wollte von ihren Vorschlägen nicht abgehen. Nach dieser Erklärung stand ich nicht mehr einem Wunsche, sondern einer Forderung gegenüber (Sehr richtig! rechts, Unruhe der Soz.), was den Wünschen des Reichstages nicht entsprochen hätte. (Unruhe der Soz., Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Wortklauberei! Präsident Kaempf ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.) Die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion führten zu dem Ergebnis, daß auch der Abg. Noske ablehnte, weil wir den Abg. Liebknecht nicht akzeptierten. Ich stelle nochmals fest, daß es sich hier nicht um ein dem Reichstage zustehendes Recht, sondern um eine Forderung einer Fraktion handelt. — Die Kommission sollte nicht etwa eine Nachprüfung der gerichtlichen Urteile vornehmen, sondern die wirtschaftstechnische Seite prüfen. Da dabei auch Dinge zur Sprache kommen müßten, die die kaufmännische Spionage betreffen, so war zu wünschen, daß dabei mit einem Maß von Ruhe vorgegangen wird, das der Abg. Liebknecht jedenfalls vermissen ließ. Er hat von einem Panama gesprochen, noch als das Verfahren schwebte. Seine Ausführungen waren nicht begründet, aber geeignet, unser Ansehen im Inlande und Auslande herabzusetzen. Ich glaube, man wird im ganzen Lande damit einverstanden gewesen sein, daß ich den Abg. Liebknecht nicht in die Kommission aufgenommen habe. (Bravo! rechts.)

Das Haus beschließt die Besprechung.

Abg. **Schiffer** (nl.): Alles das, was der Abg. Ledebour über die verfassungsmäßige Grundlage gesagt hat, ist abwegig. Der Reichskanzler hat zweifellos das Recht, nach Benehmen Vorschläge der Parteien abzulehnen, doch muß er die Gründe der Ablehnung bekanntgeben. Ein Eingriff in die Rechte des Reichstags liegt nicht vor.

Abg. **Gothein** (Vp.): Ein Recht des Reichstags auf die Zuziehung bestimmter Mitglieder zur Rüstungskommission lag freilich nicht vor, aber der Staatssekretär hatte zugesagt, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191312132-13/fragment/page=0001

Wünsche des Reichstags sollten berücksichtigt werden, die Sozialdemokraten durften daher erwarten, daß der von ihnen gewählte Vertreter in die Kommission aufgenommen würde. Es war auch politisch unklug, ihm die Aufnahme zu verweigern. Denn nun wird die Sozialdemokratie sagen, wenn die Kommission nichts leistet, dann liegt es daran, daß man die Leute, die das Zeug dazu hatten, nicht zuziehen wollte. (Sehr richtig! links.) Ich glaube allerdings, daß auch die Mitwirkung Liebknechts nichts genutzt hätte, denn aus solchen Kommissionen pflegt nie Ersprießliches herauszukommen. (Heitere Zustimmung links.)

Abg. **Freiherr von Gamp** (Reichsp.): Im Fall Krupp sind doch direkt Geldgeschenke nicht gegeben worden. Kein Mensch mit gesundem Menschenverstand wird in einer Einladung zu einem Abendessen, in der Zusendung eines Theaterbillets ein direktes Geldgeschenk sehen. (Lachen.) Das Verhalten der Staatsanwaltschaft ist nicht einwandfrei. Daß die Sozialdemokraten ihm zustimmen, wird für sie kein guter Trost sein. Krupp war entmündigt worden in Dingen, die ihm die Militärverwaltung hätte zur Verfügung stellen können. (Vizepräsident **Dove** bittet, zur Sache zu sprechen.) Ich glaube, mir das Lob des Präsidenten zu verdienen, wenn ich nicht weiter über die Zusammensetzung der Kommission spreche. (Heiterkeit.)

Abg. **Noske** (Soz.): Der Abgeordnete Schiffer hat mit seiner verspäteten Reinigungsrede der Firma Krupp einen schlechten Dienst erwiesen. Man hatte den Eindruck, als handele es sich um einen Kampf, in welche Parteikasse künftig die Kruppschen Wahlgelder fließen sollen. Man hat die Sozialdemokratie absichtlich aus der Rüstungskommission hinausmanövriert. So ist es eine Verluschungskommission geworden. (Unruhe.)

Damit ist die Aussprache beendet.

Präsident Dr. **Kaempf** entläßt das Haus mit frohen Weihnachtswünschen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Januar, 2 Uhr: Petitionen. Schluß 7½ Uhr.

Deutsches Reich.

Die Deutsche Zentralstelle für die Weltausstellung in San Franzisko

teilt mit: Nach einem Bericht des Wolffschen Büros über die letzte Sitzung der Budgetkommission des Reichstags ist von einem Regierungsvertreter erklärt worden, daß wegen der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit und wegen der Transportschwierigkeiten eine würdige Beschickung der San Franzisko Ausstellung durch Deutschland nicht mehr möglich sei. Dazu ist zu bemerken, daß Schwierigkeiten in der Transportfrage nicht bestehen, da die Transportfrage durch die Hamburg-Amerika-Linie im Verein mit der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos" geregelt ist, und daß ferner die Vorbereitungen für die Beschickung der Ausstellung nach zuverlässigen Mitteilungen des Vertreters des Deutschen Komitees in San Franzisko noch von keiner Nation soweit gefördert sind, wie gerade deutscherseits, so daß alle anderen Nationen offenbar die Zeit noch für völlig ausreichend halten.

Das Hamburger Komitee für die deutsche Beteiligung an der Weltausstellung in San Franzisko hat angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung seine Mitglieder zu einer Beratung auf den 18. Dezember nach Berlin einberufen.

Nach den Ausführungen des Abgeordneten Bassermann und des Ministerialdirektors Dr. Lewald über die Frage der Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Franzisko erklärte in der Freitag-Sitzung des Reichstags Präsident Dr. Kaempf, er nehme an, daß damit dieser Punkt der Tagesordnung erledigt sei. Diese Erklärung ist vielfach so verstanden worden, als ob damit der Initiativantrag auf Einstellung eines Nachtragsetats zurückgezogen sei. Wir werden aus parlamentarischen Kreisen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Auffassung nicht richtig ist. Der Antrag ist nicht zurückgezogen, und eine Entscheidung des Reichstags ist in dieser Angelegenheit nicht erfolgt.

Eine Zentrale für Streikversicherung.

Am Freitag wurde in Berlin von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände die Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung gegründet. Es traten der neuen Organisation sofort Verbände bzw. Entschädigungsgesellschaften mit einer Gesamtlohnsumme von 704 Millionen Mark und einer Arbeiterzahl von 675 000 bei. Der Vorsitz wurde dem Vorsitzenden der Vereinigung, Fabrikbesitzer Ingenieur Carvens-Hannover, die Geschäftsführung dem Syndikus Dr. Tänzler übertragen.

Zum Prozeß gegen die Zaberner Rekruten.

Das Generalkommando des 15. Armeekorps veröffentlicht folgende Mitteilung des Gerichts der 30. Division:

„In der gestrigen kriegsgerichtlichen Hauptverhandlung gegen die Zaberner Rekruten hat der Vertreter der Anklage in seiner Replik ausgeführt, daß durch die Veröffentlichung der unterschriftlichen Erklärung der Rekruten über die angebliche Beschimpfung der französischen Fahne die bis dahin nur bestehende Vermutung, daß die Fahne beschimpft worden sei, zur Gewißheit geworden wäre. Diese Ausführung des Anklagevertreters ist lediglich dahin zu verstehen, daß die öffentliche Meinung durch das Schriftstück in der Annahme, die Aeußerung sei wirklich gefallen, bestärkt worden sei. Diese Anführung zum Beweise des erheblichen Nachteils (§ 93 des Militärstrafgesetzbuches). Ueber die Frage, ob der von Leutnant von Forstner gebrauchte Ausdruck sich auf den Dienst in der Fremdenlegion oder auf die französische Fahne bezogen habe, schwebt noch gerichtliche Untersuchung beim Zivilgericht."

Kleinere politische Nachrichten.

* **Kommissionsberatung über die Konkurrenzklausel.** Die 12. Kommission des Reichstages trat am Donnerstag zur Fortsetzung der Beratungen zusammen. Ein Zentrumsabgeordneter berichtete zunächst über die am 8. Dezember stattgefundene 2. Sitzung des Unterausschusses für Privatbeamte der Gesellschaft für Sozialreform. Als Ergebnis der Beratungen legte er, zugleich Vorsitzender des genannten Ausschusses, folgenden Beschluß vor, der aber eine reine Privatarbeit darstellen und keiner Partei eine Bindung auferlegen soll: „Da nach wiederholten Erklärungen der verbündeten Regierungen, wie sie in der Kommission und später in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 5. Juli 1913 erfolgt sind, ein Festhalten an den bisherigen Forderungen das Scheitern der Vorlage bestimmt erwarten läßt und dann der bisherige für die Gehilfen so beklagenswerte Zustand aller Voraussicht nach noch auf Jahre hinaus weiterbestehen und eine Neuregelung des Wettbewerbverbots auch für die technischen Angestellten auf lange Zeit hinausgeschoben würde, so erscheint die Annahme des Kommissionsentwurfs mit der Maßgabe und unter der Bedingung ratsam, 1. daß in § 74 Abs. 2 die für die Dauer des Wettbewerverbots vorgesehene Entschädigung von ein Drittel auf ein Halb erhöht wird, 2. daß § 75c (Geltendmachung der Ansprüche auf die vereinbarte Strafe durch den Prinzipal) gestrichen wird und es in dem in diesem Paragraphen behandelten Punkte bei dem bestehenden Rechte bleiben solle." Gegen diesen Beschluß hatte kein Verband gestimmt, für ihn 9 Verbände, d. h. die Vertreter von rund einer halben Million Angestellten. Der Abstimmung hatten sich enthalten zwei Verbände, weil die Frage keine Bedeutung für sie habe, drei Technikerverbände, weil die technischen Beamten in dem Entwurf nicht berücksichtigt seien, und zwei weitere Verbände ohne Begründung. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte erklärte der Staatssekretär des Reichsjustizamts, die Regierung habe den lebhaften Wunsch, den Gehilfen soweit entgegen zukommen, als möglich sei. Er habe sich im Juni d. J. über seine Stellung zu den Beschlüssen der Kommission eingehend ausgesprochen, und er könne auch heute nicht erklären, daß die Regierung von ihrer früheren Stellungnahme zurückweiche. Zu den vorliegenden Beschlüssen könne er im Namen der verbündeten Regierungen eine Erklärung noch nicht abgeben. Er wiederhole, daß er bedauern würde, wenn eine Einigung nicht zustande komme. Nächste Sitzung nach Weihnachten.

* **Eine Broschüre über Zabern,** die die Vorgänge in Zabern sowie die darauf bezüglichen Reichstagsverhandlungen behandelt, liegt jetzt vor, und es ist erfreulich, feststellen zu dürfen, daß ein nationaler Sprecher hier als erster auf den Plan tritt. Es ist Gerd Fritz Lebrecht, der bekannte Verfasser des Buches „Auf, über, unter Wasser" sowie der „Luftfahrten im Frieden und im Kriege". Seine Schrift betitelt sich „Zabern und des Königs Rock" und ist (in der Sammlung „Gegenwartsfragen") im Verlage „Politik", Berlin W., erschienen. Der Einzelpreis ist 1 Mark.

* **Beschäftigung in Ziegeleien.** Nummer 70 des „Reichsgesetzblattes" enthält die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien und Anlagen zur Herstellung von Dinassteinen, Schamottesteinen und anderen Schamotteerzeugnissen, vom 8. Dezember 1913.

* **Der König von Württemberg** ist Freitag mittag gegen 12¼ Uhr zum Besuche des Lippischen Hofes in Bückeburg eingetroffen.

* **Der sächsische Kriegsminister,** Generaloberst Freiherr v. Hausen, wurde anläßlich seines fünfzigjährigen Militärdienstjubiläums vom König von Sachsen zum Chef des jüngsten Regiments der sächsischen und der deutschen Armee, des Infanterie-Regiments Nr. 182 in Freiberg, ernannt.

Ausland.

Die russische Reichsduma

beschloß, den Marineminister um Erklärungen über den Streik in den Obuchow-Werken zu ersuchen.

Vom Balkan.

Die Internationale Kommission zur Abgrenzung der südalbanesischen Grenze ist, von Valona kommend, an Bord des Dampfers „Aldriatico" in Brindisi eingetroffen.

Die „Agenzia Stefani" meldet: Die Internationale Kommission zur Abgrenzung Südalbaniens ist nach Florenz abgereist. In ihrer Sitzung vom 10. Dezember hat sie die von England vorgeschlagene Grenzlinie angenommen, die in der Hauptsache dem Standpunkte Oesterreich-Ungarns und Italiens entspricht. Die Kommission wird in Florenz die Einzelheiten festsetzen, nachdem sie die Geländeformen geprüft hat.

Das spanische Königspaar auf der Heimreise.

Der König und die Königin von Spanien sind Freitag mittag von Paris nach Madrid abgereist. Zur Verabschiedung hatten sich Präsident Poincaré, Ministerpräsident Doumergue und der frühere Minister des Aeußern Pichon auf dem Bahnhofe eingefunden.

Die Lage in Mexiko.

Nach den letzten, Donnerstag nachmittag um 4 Uhr von Admiral Fletcher abgesandten Meldungen beschoß zu dieser Zeit das auf seiten der Bundestruppen kämpfende Kanonenboot „Bravo" die Stellung der Konstitutionalisten bei Tampico; in der Stellung der Gegner war noch keine Aenderung eingetreten. An Bord der amerikanischen Kanonenboote befanden sich 150 Flüchtlinge, ebensoviele an Bord des britischen Dampfers „Logician", 350 an Bord des Hapagdampfers „Kronprinzessin Cecilie" und 500 in der neutralen Zone. — Wie aus Veracruz vom dortigen Militärkommandanten General Maas gemeldet wird, sind die Tampico angreifenden Rebellen mit schweren Verlusten zurückgetrieben worden, nachdem Bundestruppen zum Entsatz von Tampico eingetroffen waren.

Zurückziehung der Truppen aus China.

In einer Konferenz des diplomatischen Korps in Peking am Freitag nachmittag machte der russische Gesandte den Vorschlag, die Mächte sollten ihre Truppen nunmehr zurückziehen, da die Ordnung in der Provinz Tschili wiederhergestellt und die chinesische Regierung imstande sei, sie dort aufrechtzuerhalten und Leben und Eigentum der Fremden zu schützen. Er fügte hinzu, daß die russische Regierung, ob die anderen Mächte diesen Vorschlag nun annehmen würden oder nicht, bereit sei, ihre Truppen zurückzuziehen. Der Vorschlag überraschte die Vertreter der Mächte völlig. Einige von ihnen betrachten ihn als gänzlich verfrüht und befürchten, daß er die Interessen ihrer Landsleute gefährden und ernste Folgen haben könnte, falls er zur Ausführung käme. Sie holen Instruktionen ihrer Regierungen ein.

Luftfahrt.

Nationale Ballonwettfahrt.

Heute, Sonnabend, veranstaltete der Berliner Verein für Luftschiffahrt eine nationale Ballonwettfahrt, zu welcher 15 Ballons ihre Teilnahme zugesichert haben. Darunter befinden sich die Ballons „Anhalt", „Bitterfeld III" und „Altenburg". Das Ueberfliegen der französischen, russischen und englischen Grenzen ist verboten.

Zum zweiten Flugzeugmotoren-Wettbewerb.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Bestimmungen über den durch Kaiserlichen Erlaß vom 27. Januar 1913 ausgeschriebenen zweiten Flugzeugmotoren-Wettbewerb.

Vermischtes.

Ein braunschweigischer Nationalfesttag.

Wie die „Amtlichen Braunschweigischen Anzeigen" melden, wird der 22. Dezember zur Verordnung des Herzogs Ernst August in Zukunft als nationaler Festtag betrachtet werden. An diesem Tage hielt Herzog Wilhelm nach Beseitigung der französischen Fremdherrschaft seinen Einzug in die Residenz Braunschweig.

*

Der neue Bremer Bürgermeister. An Stelle des verfassungsgemäß ausscheidenden Bürgermeisters Dr. Barthausen wurde Senator Dr. Buff für die nächsten vier Jahre zum Bürgermeister gewählt. Für das Jahr 1914 übernimmt Bürgermeister Stadtlaender das Präsidium.

Ein Erfinder gestorben. Dr. med. Adolf Hommel-Zürich, der Erfinder des Hämatogen, ist im Alter von 67 Jahren einem Gehirnschlag erlegen.

Ein dankbarer Kurgast. Ein Berliner, der alljährlich Kissingen aufsuchte, hat sieben Mädchen, die ihn dort bedienten, je 30 000 Mk. vermacht. Fünf der Erbinnen sind bereits ermittelt. Eine Oesterreicherin und eine Unterfränkin werden noch gesucht.

Zum österreichischen Schriftsetzerstreik. Infolge des passiven Widerstandes der Schriftsetzer in allen Druckereien haben die amtliche „Klagenfurter Zeitung" und die „Freien Stimmen" am Freitag ihr Erscheinen eingestellt. Die anderen Blätter erscheinen in beschränktem Umfange. In Triest hat der Statthalter aus dem gleichen Grunde die Einstellung des Erscheinens der Amtsblätter verfügt.

In den Ausstand. Fünfzehnhundert Hafenarbeiter in Le Havre sind in den Ausstand getreten; sie fordern eine Lohnerhöhung von 1 Franc.

Explosion. In dem Brennereibetriebe des Rittergutes Gosciesyzn bei Wollstein (Posen) explodierte ein Kartoffeldämpfer, wobei zwei in der Nähe stehende Arbeiter von den heißen Breimassen überschüttet wurden; einer war sofort tot, der andere starb nach einigen Stunden.

Ein Geldbrief beraubt. Ein von einem Triester Postamt an eine Filiale der österreichisch-ungarischen Bank abgesandter Brief, der 127 800 Kronen Amtsgelder des Postamtes enthalten sollte, enthielt, als er geöffnet wurde, nur Papierschnitzel. Da der Brief und die Siegel vollkommen unversehrt waren, so scheint der Geldbrief vor der Abgabe durch einen vorher vorbereiteten, die Papierschnitzel enthaltenden Brief ersetzt worden zu sein.

Unvorsichtiges Umgehen mit dem Revolver. In einem Waffengeschäft in der Hermannstraße zu Hamburg entlud sich zufällig eine Browningpistole in den Händen eines Volontärs eines Exportgeschäfts, der die Waffe von dem Geschäftsinhaber begutachten ließ. Der Schuß drang dem Inhaber des Geschäfts in die Brust und verletzte ihn so schwer, daß er auf dem Transport zum Krankenhause starb.

300 Meter tief abgestürzt. Auf dem Ernaschacht zu Mährisch-Ostrau sind Freitag nachmittag infolge Reißens des Seiles des Förderkorbes sieben Bergarbeiter 300 Meter tief abgestürzt und getötet worden.

Ein lebendig begrabener gerettet. Auf einem Schacht der Zeche Holland bei Bochum wurden durch Einsturz eines Firstes zwei Bergleute verschüttet. Dem einen gelang es, sich zu retten, während der zweite, der sich unter einem Holzverbau geborgen hatte, durch nachstürzende Kohlenmassen völlig verschüttet wurde. Der Rettungsmannschaft gelang es, sich mit dem Verschütteten ins Vernehmen zu setzen. Er teilte mit, daß er unverletzt sei. Nachdem er 30 Stunden lebendig begraben war, wurde er glücklich geborgen.

Ein Mordverdächtiger bestraft. Der des Mordes an der Wirtschafterin Callo verdächtige Händler Henk in Berlin ist wegen Heiratsschwindeleien und Urkundenfälschung zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden.

Kunst und Wissenschaft.

Jahrhundertfeier der Braunschweigischen Technischen Hochschule. In Gegenwart des Herzogs Ernst August, der Spitzen der Staatsbehörden und des Militärs sowie der namhaftesten Vertreter von Handel und Industrie fand Freitag mittag in der Aula der Technischen Hochschule zu Braunschweig die Jahrhundertfeier der Carolo-Wilhelmina statt. Der Rektor Professor Dr. Beckurts hielt die Begrüßungsansprache, Professor Dr. Timerding den Festvortrag.

Sympathiestreik. Die Studierenden der Zahnheilkunde zu Kiel und Tübingen haben sich dem Sympathiestreik ihrer Leipziger Kommilitonen angeschlossen.

Das Bild der Gioconda wiedergefunden. Der Generaldirektor der Schönen Künste in Rom, Ricci, hat von Florenz aus dem Unterrichtsminister Credaro telephoniert, daß das Bild der Gioconda wiedergefunden worden ist. Das Bild war einem Antiquitätenhändler in Florenz angeboten worden. Da dieser Verdacht schöpfte, so setzte er sich mit Poggi, dem Direktor der Florentiner Museen, in Verbindung, der die Nachricht Ricci mitteilte, worauf sich dieser sofort nach Florenz begab. Der Mann, in dessen Händen sich das Bild bis jetzt befunden hat, ist ein in Paris weilender Italiener. Er erklärte beim Verhör, daß er den Diebstahl im Louvre begangen habe, um alle von Napoleon in Italien begangenen Diebstähle zu rächen. Das Bild ist jetzt beschlagnahmt worden und wird nach Rom gebracht werden. Der Dieb heißt Perugio; er wurde verhaftet.

Personalnachrichten.

— Verliehen wurde dem Arbeiter Naumann zu Radewell im Saalkreise das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Former Gustav Dessau und dem Schlosserreparaturarbeiter Gustav Kuske, beide zu Egeln, das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

Verliehen wurde ferner der Frau Superintendent Luise Scholtz geborenen Kracht zu Salzwedel und der Frau Elise von der Schulenburg geborenen von Wuthenau zu Propstei Salzwedel bei Salzwedel die Rote Kreuzmedaille dritter Klasse.

Sport und Jagd.

— **Jagderegebnisse.** Merseburg (Stadtflur): 836 Hasen, 2 Fasanen, 1 Rebhuhn. — Freyburg a. U. (Kommerzienrat Förster): 128 Hasen, 2 Kaninchen.

Kurorte, Reisen und Wintersport.

= **Die erste „Tagung für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten"** deren Abhaltung, im Sommer 1912 zu Homburg v. d. H. beschlossen wurde und deren Vorstand die Herren: C. A. Gwald-Berlin, Adolf Schmidt-Halle, J. Boas-Berlin, H. Starck-Karlsruhe und C. Pariser-Homburg angehören, wird am Freitag, den 24. und Sonnabend, den 25. April 1914 in Bad Homburg v. d. H. stattfinden. Die Tagesordnung besteht aus drei Referaten mit anschließender Diskussion. Es werden zur Besprechung kommen: 1. Die schweren entzündlichen Erkrankungen des Dickdarms. Referent: Herr Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Adolf Schmidt-Halle. 2. Wandlungen in der Behandlung des Diabetes. Referent: Herr Prof. Dr. Georg Rosenfeld-Breslau. 3. Die Bedeutung der Radiologie für die Diagnostik der Erkrankungen des Verdauungs-Kanals. Referent: Herr Prof. Dr. von Bergmann-Altona.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191312132-13/fragment/page=0002

Provinz Sachsen und Umgebung.

Könnern, 12. Dez. (Einbrecher.) Nach telephonischer Nachricht der Kriminalpolizei Halle war ein 19jähriger Bursche, nachdem er aus einem verschlossenen Schank seiner Mutter 30 Mk. gestohlen hatte, flüchtig geworden. Man vermutete ihn hier bei seiner Tante. Dort wurde er aber nicht gefunden. Auf Anzeige eines Gastwirts wurden aber zwei junge Leute festgenommen, die sich verdächtig gemacht hatten. Sie waren von Halle über Könnern hinaus nach Bellaken gefahren, hatten auf den Dörfern gebettelt und eine Zeitschrift „Nach Feierabend" vertrieben und dann sich hier eingemartiert. Der eine war der von Halle gesuchte Mann. Sein Komplize mußte aber auch festgenommen werden, weil er in der Nacht seinen Freund 10 Mk. gestohlen und diese im Hemd eingenäht hatte. Beide werden übrigens auch noch wegen Unterschlagung gesucht. Sie hatten sich ganz zweckmäßig zu Bett gelegt, denn auf dem Nachttisch fand man Revolver mit vielen Patronen und einen langen Dolch.

— Kalbe a. S., 12. Dezember. (Ungültigkeitserklärungen von sozialdemokratischen Stadtverordnetenmandaten.) Bei den Stadtverordnetenwahlen hatte die Sozialdemokratie die dritte Abteilung erobert. Jetzt hat die Stadtverordnetenversammlung die Wahl für ungültig erklärt, weil das sozialdemokratische Wahlkomitee an die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute ein Flugblatt versandt hatte, worin sie mit geschäftlichem Boykott drohte.

— Magdeburg, 12. Dez. (Ein Raubüberfall), der in nichts den Taten der berüchtigten Apachen nachsteht, wurde gestern abend verübt. Das Opfer ist ein auswärtiger Arbeiter, der von Langenweddingen kommend, nach seiner Heimat zurückkehren wollte. Der Mann namens Palt wurde von vier Männern — anscheinend Russen — ins Freie gelockt, dort zu Boden geschlagen und seiner Barschaft von 170 Mk. beraubt. Dann verschwanden die Räuber.

— Esperstedt, 12. Dezember. (Schreckliche Brandwunden) erlitt am Mittwoch die Frau des Maschinenwärters M. Bei der Zubereitung des Essens hatte sie eine Pfanne mit Fett in den Ofen gestellt. Plötzlich schlug die Flamme in das Fett, die Frau ließ die Pfanne fallen und stand augenblicklich in Flammen. Sie wurde schwerverletzt in die Halesche Klinik überführt.

— Artern, 12. Dez. (Ein tödlicher Unglücksfall) ereignete sich am Dienstag in der Aktien-Maschinenfabrik „Anhältserhütte". Dem 23jährigen Dreher Franz Keßler aus Gerbstedt war eine Feile mit großer Gewalt gegen den Leib geschleudert worden, wodurch derselbe schwere innere Verletzungen erlitt, an deren Folgen er gestorben ist.

— Augsdorf, 12. Dez. (Der Diphtheritis erlegen.) Die Familie Klausing wurde dieser Tage in tiefe Betrübnis versetzt, indem ihr zwei Kinder im Alter von 7 und 11 Jahren, welche an Diphtheritis erkrankt waren, durch den Tod entrissen wurden.

Aus dem Gerichtssaal.

— Bestätigtes Todesurteil. Das Reichsgericht zu Leipzig verwarf die Revision des Fabrikarbeiters Wilhelm Reuter, der am 8. November ds. J. vom Schwurgericht Köln wegen Ermordung seiner Ehefrau am 6. Januar d. J. zum Tode verurteilt worden war.

— Ein Todesurteil. Das Schwurgericht zu Güstrow verurteilte am Freitag nach zweitägiger Verhandlung den Schmiedegesellen Koch aus Uelitz bei Schwerin wegen Ermordung der 30 Jahre alten Maria Hamberger aus Luckenwalde bei Berlin zum Tode. Der Angeklagte hatte am 7. September in den Tannen bei Rastow seine Geliebte mit Vorbedacht ermordet, da sie ihm unbequem geworden war.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 13. Dezember.

— Auszeichnung. Den Oberbergamtssekretären Reischke und Hohmann in Halle wurde der Charakter als Rechnungsrat, dem Zimmerpolier Schliebe zu Halle das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Tischler Finck zu Halle das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

— Gesellschaftskonzert im Zoologischen Garten. Das Gesellschaftskonzert am Donnerstag im „Zoologischen Garten" war im wesentlichen der Operette gewidmet. Das Streichorchester des Feldartillerie-Regiments Nr. 75 unter Leitung des Herrn Kgl. Musikmeisters Steuer hatte Gelegenheit, sein hochentwickeltes Können an einem recht geschickt zusammengestellten Programm zu beweisen. Auf den Jurefischen Hoch- und Deutschmeister-Marsch folgte die wunderbare, höchste Klangschönheit mit feinster musikalischer Durcharbeitung vereinende Ouvertüre zu Nicolais „Lustigen Weibern von Windsor". Dann kam Blanda Hoffmann, die schnell beliebt gewordene erste Operetten-Soubrette am Stadttheater und das Publikum freute sich. Wie trug sie auch „Aber Fritz, wo bleibt denn mein Sahnenbaiser!" vor. Selbst diesen vollkommenen Blödsinn wußte sie mit so viel schalkhafter Anmut auszustatten, daß nur ein ganz brummiger Griesgram keine Freude daran gehabt hätte. Der Beifall, der der liebenswürdigen Künstlerin mit Recht gezollt wurde, steigerte sich noch im Laufe des Abends, so daß sie sich zu einer Zugabe veranlaßt sah. Das Programm enthielt im bunten Wechsel Ouvertüren, Potpourris, Tänze; besonders erwähnt seien die beiden schönen Streichquintette von Rockert „Traumbild" und „Amorettenständchen".

J—s.

Geschäftliches.

— Naturschutzpark-Ausstellung. In dem Geschäftshaus der Geschwister Jübel in der Leipziger Straße werden zurzeit eine Anzahl (gegen 200) Oelgemälde ausgestellt, welche, von erstklassigen Künstlern ausgeführt, Landschaften und Motive aus dem Naturschutzpark in der Lüneburger Heide darstellen. In dem Naturschutzpark, der jetzt etwa 30 000 Morgen umfaßt, soll ein Stück Heidelandschaft mit seiner Tier- und Pflanzenwelt vor der Zerstörung bewahrt werden. In diese stille Gegend, in die kein Pflug und kein Gewehr kommen soll, führen uns die Gemälde. Die Ausstellung, welche noch Gelegenheit zu hübschen Weihnachtseinkäufen bietet, soll zu einer dauernden werden und wird vom 1. Januar ab in der Möbelhandlung von Resch, Leipziger Straße 17, untergebracht sein.

Letzte Telegramme.

Zum Kampf zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Berlin, 13. Dez. Allem Anschein nach sollen Vorgänge, die sich im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen Aerzten und Krankenkassen abgespielt haben, ihre mehr oder weniger friedliche Lösung in einer Reihe von Prozessen finden, die teils beim ärztlichen Ehrengericht, teils bei den ordentlichen Gerichten angestrengt sind.

Nach Hamburg berufen.

Berlin, 13. Dez. Der Historiker Prof. Lenz hat laut „Voss. Ztg." den an ihn ergangenen Ruf nach Hamburg angenommen.

Neuer Hafen.

Düsseldorf, 13. Dez. Im Norden der Stadt soll ein zweiter Hafen errichtet werden, dessen Kosten sich auf 6 000 330 Mark belaufen dürften.

Reichstags-Nachwahl.

Offenbach-Kehl, 13. Dez. Die Reichstags-Nachwahl, die durch Beanstandung der Reichstagswahl nötig geworden ist, soll am 3. Februar 1914 stattfinden.

Zusammenstoß zwischen Russen und Chunchusen.

Charbin, 13. Dez. Unweit der Station Anjida hat zwischen der Grenzwache und einer 70 Mann starken Chunchusenbande ein Zusammenstoß stattgefunden, bei dem vier Chunchusen getötet und sechs gefangen genommen wurden. Auf russischer Seite wurden zwei Soldaten verwundet.

Die Lage in Mexiko.

Washington, 13. Dez. Das Kriegsamt hat die sofortige Entsendung eines Armeetransportschiffes von Galveston nach Tampico angeordnet, um die durch die dortigen Kämpfe gefährdeten Amerikaner und andere Ausländer an Bord zu nehmen.

*

(Wiederholt.)

Vom Schulschiff „Prinzeß Eitel Friedrich".

Bremen, 12. Dez. Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins, „Prinzeß Eitel Friedrich", ist am 11. Dezember wohlbehalten in St. Thomas angekommen und segelt am 30. Dezember nach Kingston weiter.

Prozeß Gräfin Fischler von Treuberg.

Berlin, 12. Dez. In der Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts gegen die Gräfin Fischler von Treuberg beantragte der Staatsanwalt, die Angeklagte zu verurteilen wegen Erpressung, Betrugs, Diebstahls, Wuchers und Beleidigung zu einer Gesamtstrafe von 42 Monaten Gefängnis und 3050 Mark Geldstrafe, sowie fünf Jahren Ehrverlust. Das Urteil dürfte am Dienstag gefällt werden.

Sympathiestreik.

Straßburg (Els.), 12. Dez. Die hiesigen Studierenden der Zahnheilkunde traten gestern in einen Sympathiestreik für ihre Kommilitonen in Leipzig ein.

Autounfall des Negerboxers Johnson.

Paris, 12. Dez. Der Negerboxer Jack Johnson fuhr gestern mit seiner Frau im Auto von Boulogne zur Mer nach Paris. Der Kraftwagen rannte gegen die Schranke einer Eisenbahnüberführung und überschlug sich. Beide Insassen wurden schwer verletzt.

Vom Sechstagerennen.

New-York, 12. Dez. Die deutsche Mannschaft Packebusch-Appelhans hat am Ende des zweiten Tages des Sechstagerennens die verlorene Runde wieder zurückgewinnen können.

Börsen- und Handelsteil.

Abtrennung von Dividendenscheinen.

Zu trennen sind: am 13. Dezember: Engelhardt-Brauerei, Berlin-Pankow 13 Proz. Dividende; Aktienbierbrauerei Falkenkrug ?; Aktienbierbrauerei Lübeck ?; Bayerische Bierbrauerei Karlsberg, Homburg (Pfalz) 6 Proz.; Brauerei zum Storchen, Speyer 0 Proz. Am 15. Dezember: Kieler Schloßbrauerei 6 Proz.; Posener Brauerei Hugger 8½ Proz.; Schlesische Kohlen- und Kokswerke 0; Starke & Hoffmann, Maschinenbau-A.-G. 0; Würzburgerhof Brauhaus München 8 Proz.; Elbschloßbrauerei Nienstedten 14 Proz.; Stettiner Brauerei Elysium 12 Proz.; Zuckerfabrik Stuttgart 20 Proz.; Zuckerraffinerie Halle 16 Proz.

*

— Zuckerraffinerie Halle. Die gestern, Freitag, in der „Stadt Hamburg" zusammengetretene ordentliche Generalversammlung genehmigte den Geschäftsbericht und die Bilanz für das Geschäftsjahr 1912/13 und stimmte der von Aufsichtsrat vorgeschlagenen Verteilung einer Dividende von 16 Prozent zu. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. Die Geschäftsaussichten für das laufende Geschäftsjahr sind ebenfalls gut. Zwei Drittel des Bedarfs an Rohzucker sind bereits gedeckt, so daß mit derselben hohen Verarbeitung zu rechnen ist wie im Vorjahre. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

— Neue Aktiengesellschaft. Unter der Firma R. Wolff, Aktiengesellschaft, wurde am Freitag eine Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Magdeburg gegründet, deren Zweck ist, die bisher von der offenen Handelsgesellschaft gleichen Namens in Magdeburg-Buckau betriebene Maschinenfabrik fortzuführen. Das Grundkapital beträgt 12 Millionen und ist eingeteilt in 6 Millionen 5proz. Vorzugsaktien und 6 Millionen Stammaktien. Die 6 Millionen Mark Vorzugsaktien und 5 996 000 Mark Stammaktien wurden den bisherigen Inhabern der offenen Handelsgesellschaft für die Einbringung der gesamten Fabrikanlagen gewährt. Gleichzeitig wurde eine hypothekarische Anleihe im Betrage von 6 Millionen Mark geschaffen, die an ein Bankkonsortium begeben ist.

— Neue Ueberfahrtspreise nach Amerika. Nachdem die Hamburg-Amerika-Linie ihre Zwischendeckraten vom 1. Januar 1914 ab auf 120 Mk. für New-York und 110 Mk. für die übrigen Häfen gegen die heutige Rate von 160 Mk. herabgesetzt hat, sind vom Norddeutschen Lloyd die Raten vom 1. Januar 1914 wie folgt festgesetzt worden: New-York-Schnelldampferrate 130 Mk., New-York andere Dampfer 120 Mk., übrige Häfen 110 Mk.

— Die Koburg-Gothaische Kredit-Gesellschaft in Koburg dürfte, wie unverbindlich verlautet, pro 1913 wie in den Vorjahren wieder 5 Prozent Dividende verteilen.

— Zur Lage der Elbschiffahrt. Das Braunkohlengeschäft aus Böhmen zeigt unter Raumknappheit keine erheblichen Umschlagsziffern, die Grundfrachten hielten sich daher trotz Vollschiffigkeit auf 220—240 Pfg. für die Tonne Magdeburg, 280 Pfg. Unterelbe. An der Mittelelbe ist noch ein reges Güterangebot vorhanden, und da nicht allzu viel greifbarer Raum herankam, erzielte man den Umständen angemessene Frachten, die später teilweise auf 10—11 Pfg. für den Zentner nach Hamburg zurückgingen.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Wenn auch am Getreidemarkte infolge der etwas höheren Auslandsforderungen und der kleinen argentinischen Verschiffungen eine gewisse Befestigung im Grundton nicht zu verkennen war, so war eine Aufwärtsbewegung der Preise doch durch die mangelnde Unternehmungslust des Publikums gehemmt, so daß die Preise für Brotgetreide und Hafer gegen gestern nur geringe Veränderungen aufwiesen. Mais und Rüböl waren geschäftslos. Wetter: bewölkt.

Schlußbörse.

Weizen: Dezbr. 192.50, Mai 198,75, Juli 201,00 M.; matt.
Roggen: Dezbr. 159,50, Mai 163.00, Juli 164,25 M; ruhig.
Hafer: Dezbr. —.—, Mai 158,00 M: ruhig.
Mais: Dezbr. —.—, Mai —.— M; still.
Rüböl: Dez. —.—, Mai 65 50 M: fester.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) **Berlin, 12. Dezbr.**

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	184—189
abfallender	——
Dezember	——
Mai	198¾—198½
Juli	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	155½ 155¾
abfall.	——
Dezbr.	——
Mai	——
Juli	——
Gerste†) (per 1000 kg)	
Futterg., leichte inl.	140—146
do. schwere	147—157
Wintergerste, inländ.	——
russ. u. Donau leichte	133—136
amerikan.	——
Hafer (Normalgew 450 g):	
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	168—183
do. mittel do.	153—167
do. gering do.	——
mit Geruch	——

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Amerik. mix.	167—170
runder	147—151
Odessa	——
weißer Natal	——
Erbsen (per 1000 kg):	
Inl. u. russ. Futterware mittel	160—168
feine Taubenerbsen	169—192
Viktoriaerbsen	——
Kleine Kocherbsen	——
Weizenmehl (per 100 kg)	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	22.25—27.50
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	19.50—21.60
Weizenkleie:	
grobe und feine	10.25—10.75
Roggenkleie	10.10—10.60
Seradella	——
Lupinen, gelbe	——
blaue	——

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	184—189
abfall.	173—183
Dezemb.	193—192½
Mai	198¾—199—198½—198¾
Juli	201
August	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	155¾-56½
Dez.	159—159½
April	——
Mai	163—162¾—163
Juli	164½—164¼
Mais (ohne Aug. d. Prov.):	
amerikan. mixed	——
runder	146—148 (ab Kahn)
Dez.	——
Hafer (Normalgew. 450 g):	
inländ. fein	167—178
mittel 151-166, gering	——
Dezbr.	——
April	——
Mai	158¼—158
Juli	——
Weizenmehl (per 100 kg):	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	22 25—27.50
(feinste Marken über Notiz).	
Roggenmehl (per 100 kg)	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	19.40—21.60
Nov. —.— Dez. —.—	
Rüböl (per 100 kg in Bah):	
Dezbr.	—.— Br.
Mai	65.40 G.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— Magdeburg, 12. Dezember. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 100 kg Partität frei Magdeburg, netto Kasse 18,00—18,50 Mk. Tendenz: ruhig.

— Berlin, 12. Dezember. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Dezember-Januar 18,75 Mk., feuchte Stärke 9,50 Mk.

Spiritus.

— Paris, 12. Dezember. Spiritus ruhig. Dezember 43,25, Januar 44,75, Januar-April 45,50, Mai-August 47,00.

Oele und Oelfrüchte.

— Köln, 12. Dezember. Rüböl loko 70,00, Mai 67,50,
— Hamburg, 12. Dezember. Rüböl fest, loko verzollt 67,00.
— Amsterdam, 12. Dezember. Leinöl loko 26¾, Januar 26½, Januar-April 27, Mai-August 28, September-Dezember 28¾.
— Paris, 12. Dezember. Rüböl ruhig. Dezbr. 78,25, Jan. 77,50, März-Juni 76,50, Mai-August 76,50.

Zucker.

W. Hamburg, 12. Dezbr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Dezember 9,05, per Januar 9,15, per März 9,32½, per Mai 9,47½, per August 9,72½, per Oktober-Dezember 9,65. Tendenz: behauptet.

W London, 12. Dezember. Rüben-Rohzucker 88 % Dezbr. 8 sh. 11¾ d. Wert, stetig. Javazucker 96 % prompt 10 sh. 1½ d. nom., ruhig.

Kaffee.

— Hamburg, 12. Dezbr. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Dezbr. 51½ G., März 52¾ G., Mai 53¼ G., September 54¼ G. Tendenz: stetig.

— Amsterdam, 12. Dezember. Java-Kaffee, good ordinary, loko 41½.

— Havre, 12. Dezember. Kaffee. Good average Santos Dez. 64¼, März 65, Mai 65½, September 66½. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 11. Dezember. Kaffee. Zufuhren 14 000 Sack in Rio, 47 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 12. Dezember. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 66,50 Mk.

— Antwerpen, 12. Dezbr. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Januar 6.15, April 5,95, Mai 5,92½. Tendenz: Behauptet.

— Liverpool, 12. Dez. Baumwolle. Umsatz 14000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni —,— per Dezbr.-Jan. 6,92, per Januar-Februar 6,91, per Februar-März 6,92, per März-April 6,92, per April-Mai 6,92, per Mai-Juni 6,92, per Juni-Juli 6,89, per Juli-August 6,86, per August-September 6,73, per September-Oktober 6,52.

Metalle.

— Amsterdam, 12. Dezember. Banczinn ruhig, loko 104½.
— London, 12. Dez. Blei, span., 17⅞ Lstr., engl. 16½ Lstr., Zinn 171¾ Lstr., Zink 22½ Lstr., Chili-Kupfer 65⅝ Lstr., 3 Monate 65 Lstr.
— Glasgow, 12. Dezember. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants per Kasse 49 sh. 10½ d.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 12. Dezember. Roter Winter-Weizen loko 101, per Sept. —,—, per Dezbr. 98½, per Mai 99½, per Juli 95¾. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,90 Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 12. Dezember. Weizen per Dez. 89½, per Mai 92½, per Juli 89, Mais, per Dez. 69⅞, per Mai 69⅞, per Juli 69¼.

W. New-York, 12. Dezbr. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer —.—.

W. New-York. 12. Dezember. Schmalz Westernsteam 10,95, Rohe und Brothers 11,40.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 11. Dezbr. + 1.15, 12. Dezbr. + 2,10, Grochlitz + 1.06, + 1.27. Nebra Obp. + 2.12, + 2.18. Nebra Untp. + 1.46, + 1.66. Brückenp. + —. + —. Kösen + 0.76, + 0,76, Weißenfels Untp. + 0.22, + 0,26. Trotha + 1.70 + 1,90, Alsleben + 1,26, + 1.36. Bernburg + 0,90. + 1,02. Calbe Obp. + 1 52. + 1 52. Calbe Utp. + 0,50. + 0,50. Grizehne + 0,65. + 0,65.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Rechtsanwalt Dr. jur. Straffer u. Max Ebeling; für Provinz u. Allgemeines, Börsen- u. Handelsteil: Fritz Müller; für Oertliches: Heinrich Mielchner; Schlußredaktion: A. Werwecke, sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallescheen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton u. Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 3—4 Uhr nachmittags.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat.

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191312132-13/fragment/page=0003

Berliner Börse, 12. Dez. 1913

Die Rubrik „Staats-Pap." gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1. Jan., 1. Apr., 1. Mai, 1. Juli, 1. Aug., 1. Nov. 1. Jan., 1. Mai, 1. Juni, 1. Sept., 1. Dez. | 1. Febr., 1. Mai, 1. Aug., 1. Nov. | 1. Jan., 1. Juli | 1. Mai, 1. Nov. | 1. Jan., 1. Apr., 1. Juli, 1. Okt. | 1. Febr., 1. Aug. | 1. Jan., 1. Mai, 1. Sept. | 1. Febr., 1. Juni, 1. Dez